

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die innenpolitische Entwicklung des Jahres 1953 wird im wesentlichen unter dem Kennzeichen der *Bundesfinanzreform* stehen, für welche die Anträge des Bundesrates bereits vorliegen. Der Terminkalender ist so eingerichtet, daß die nationalrätliche Kommission am 12. Februar zusammentritt und die Beratung im Nationalrat, der die Priorität hat, in der Frühjahrssession stattfindet. Wenn die Termine eingehalten werden können, soll die eidgenössische Volksabstimmung zu Ende des laufenden Jahres stattfinden. Es geht aus dem Vorschlag des Bundesrates hervor, daß auch für die definitive Finanzordnung eine direkte Bundessteuer in Vorschlag gebracht wird. Da weite Kreise der privaten Wirtschaft nach wie vor gegen die verfassungsmäßige Verankerung einer direkten Bundessteuer starke Opposition geltend machen, wird man im Laufe dieses Jahres lebhaften Auseinandersetzungen entgegengehen. Dies wird um so mehr der Fall sein, als die bisherigen Bemühungen, wesentliche Einsparungen im Budget vorzunehmen, nicht zu einem befriedigenden Resultat geführt haben. Solche Einsparungen müssen aber als Voraussetzung jeder neuen Bundesfinanzordnung angesehen werden. Man wird in diesem Zusammenhang die scharfe Kritik beachten, welche die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte an einer ganzen Reihe von anfechtbaren Punkten des Budgets angebracht hat, eine Kritik, welche zeigt, daß Möglichkeiten für weitere Einsparungen vorhanden wären, daß es aber weitgehend am Willen zur wirklichen Sparsamkeit fehlt. In diesem Zusammenhang wäre auch zu verweisen auf die Ausführungen, die im Ständerat unlängst von Dr. Lusser (Zug) mit Bezug auf die finanzpolitischen Perspektiven der kommenden Jahre gemacht wurden. Nach diesen Ausführungen ist es dem Bund trotz erhöhten Anforderungen möglich gewesen, in den Jahren 1946 bis 1951 Schulden im Betrage von 680 Millionen Fr. abzutragen, obwohl in der gleichen Zeit über 500 Millionen Fr. Lasten aus dem Rüstungsprogramm zu übernehmen waren. Gerade im Hinblick auf die definitive Bundesfinanzordnung führte dabei Ständerat Lusser aus, daß aller Voraussicht nach die Aufrüstung in absehbarer Zeit ihr Ende finden werde und daß darüber hinaus das allgemeine Militärbudget eine Rückbildung erfahren dürfte. Berücksichtigt man den Inhalt dieser Ausführungen sowie die zweifellos bestehende Möglichkeit von weiteren Einsparungen, so wird sich der Schluß ergeben, daß kein Anlaß dafür besteht, Steuern in einem Maße zu fordern, das die Wirtschaft über Gebühr belastet. Auch ist in diesem Zusammenhang immer wieder zu beachten, daß unter allen Umständen vermieden werden sollte, dem Bund mehr Geld zuzuführen als er unbedingt benötigt. Es ist bekannt, daß die öffentliche Hand um so mehr Geld verbraucht als sie bekommt.

Im Zusammenhang mit der Bundesfinanzreform wäre auch auf die Vorschläge der Berner Handelskammer zu verweisen, welche von der Auffassung ausgehen, daß es ohne weiteres möglich wäre, *die direkten Steuern den Kantonen* zu überlassen, also auf die Erhebung einer direkten Bundessteuer überhaupt zu verzichten. Die Vorschläge gehen von der Feststellung aus, daß die Schweiz an der Spitze der Länder mit der geringsten indirekten Steuerbelastung steht. So betrug der Anteil der indirekten Steuern in letzter Zeit in Frankreich 74%, in Schweden 50%, in Großbritannien 47%, während er in der Schweiz nur 33% beträgt. Die Berner Handelskammer kommt in diesem Zusammenhang zum Schluß, daß das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern in der Schweiz von rund $\frac{2}{3}$ zu $\frac{1}{3}$ ohne weiteres eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer ermöglichen würde. Mit Recht wird dabei hervorgehoben, daß sowohl dieser Vorschlag wie alle weiteren Vorschläge zur Bundesfinanzreform nur dann zu verwirklichen sind, wenn alle großen Parteien und Wirtschaftsverbände zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit ist aber, so wird gesagt, nicht möglich, wenn die eine Seite von vorneherein erklärt, daß eine Lösung ohne direkte Bundessteuer nicht in Frage komme. Die Stellungnahme der Berner Handelskammer weist am Ende darauf hin, es wäre zweckmäßig, wenn die Wirtschaft selbst diese Fragen prüfen würde, wenn also die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammensitzen und nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Es hat sich gezeigt, daß die Ausführungsgesetzgebung zu den beiden Verfassungsartikeln, die am 23. November angenommen worden sind, ebenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben wird. Was insbesondere die *Preiskontrolle* betrifft, so enthält zwar der Entwurf des Volkswirtschaftsdepartements einen Hinweis auf Lockerungen in der Mietpreiskontrolle, doch sind sie weder in bezug auf den Termin noch auf den Umfang festgelegt. Trotzdem ist bereits von Seiten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gegen diese Stelle des Entwurfes Opposition erhoben worden mit dem Zweck, die Streichung dieses Artikels zu erreichen. Es war nun bei der Volksabstimmung vom 23. November unbestritten, daß im Falle der Annahme der Vorlage zwar eine beschränkte Kontrolle beizubehalten sei, daß sie aber unter allen Umständen befristet sein müsse. Sollte es sich nun herausstellen, daß etwa unter dem Druck der Gewerkschaften von den vorgesehenen Lockerungen abgesehen würde, so wäre damit zu rechnen, daß gegen die Vorlage das Referendum ergriffen wird.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der *Brotgetreideordnung*. Die Vorschläge, welche die amtlichen Stellen hiefür vorsehen, sind nach allem, was man hört, durchaus dirigistisch gehalten und es scheint die Absicht zu bestehen, das bisherige Regime ohne wesentliche Änderungen weiterzuführen. Auch in diesem Falle aber hat das Volk mit der Annahme der Vorlage nicht seinem Willen Ausdruck gegeben, daß das kriegswirtschaftliche Regime einfach fortzuführen sei, sondern auch hier war der Sinn des Volksentscheides richtungsweisend in bezug auf einen weiteren Abbau der staatlichen Kontrolle, und so wäre auch in diesem Falle mit einer neuen Auseinandersetzung vor dem Volke zu rechnen, wenn die Vorlage der amtlichen Stellen ihres dirigistischen Charakters nicht doch noch wesentlich entkleidet wird.

Dabei zeichnen sich auch auf anderen Gebieten Entwicklungen ab, die in ähnliche Richtung weisen und deshalb Beachtung verdienen. So ist auf dem Gebiete des *Tabakhandels* der Plan einer Beschränkung der Tabakverkaufsstellen erwogen worden, ein Gedanke, der zweifellos dem Grundsatz der Handels- und Gewerbefrei-

heit widerspricht. Auch auf dem Gebiete des *Verkehrswesens* ist die Lage zum mindesten unabgeklärt. In der Dezembersession der Bundesversammlung wurden zu diesem Thema zwei Interpellationen begründet und vom Vorsteher des Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartementes beantwortet. Dabei zielte die von Nationalrat Grimm begründete Interpellation offensichtlich darauf hin, eine privatrechtliche Ordnung des Verkehrswesens als ungenügend abzulehnen und auch auf diesem Gebiete die Intervention des Staates zu verlangen. Andererseits gab der bürgerliche Interpellant, Nationalrat Pozzi, der Auffassung Ausdruck, daß eine öffentlichrechtliche Regelung nicht mehr in Frage kommen könne, nachdem eine solche vom Volke zu wiederholten Malen abgelehnt worden sei. Aus der Antwort von Bundesrat Escher war nun aber keine Klarheit über die für die Zukunft erwogenen Maßnahmen zu gewinnen. So versicherte er zwar, es sei nicht beabsichtigt, etwa den Werkverkehr zu beeinträchtigen, während er andererseits doch der Meinung Ausdruck gab, daß am Ende die Bauwirtschaft veranlaßt werden müßte, einen Teil der Transporte an das Lastwagentransportgewerbe abzugeben. Mit Bezug auf die definitive Regelung gab der Vertreter des Bundesrates dann die Erklärung ab, daß eine ohne staatliche Intervention erfolgte Einigung der Verkehrsinteressenten nur eine Übergangsmaßnahme bilden könne und daß das Fernziel immer eine gesetzliche Ordnung sein müsse. Es ergibt sich demnach, daß auch in diesem Bereiche schließlich wieder die Intervention des Staates eingesetzt werden soll, obwohl das Volk eine solche bereits bei mehrfachen Abstimmungen abgelehnt hat. Die Tendenz, die dergestalt beachtet werden kann, ist also in allen Fällen mehr oder weniger dieselbe.

* * *

Unmittelbar vor Weihnachten des letzten Jahres, am 18. Dezember 1952, verschied in Bern an den Folgen eines Herzanfalles *Dr. Caspar Weber, Chefredaktor der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz» (Schweizer Mittelpresse)*. Der Verstorbene stand über dreißig Jahre im Dienste dieses Presseunternehmens; sein Arbeitsgebiet war das Feld der inneren Politik, und der Verstorbene achtete darauf, stets über ausgezeichnete, zuverlässige und vollständige Informationen zu verfügen, die er sich durch seine sehr zahlreichen politischen Beziehungen verschaffte. In den letzten Jahren befaßte sich Dr. Caspar Weber im besonderen mit den Problemen der eidgenössischen Finanzpolitik, und seine Ausführungen hierüber haben, in ihrer einprägsamen Art, stets starke Beachtung gefunden. Auch in diesen Blättern hat der Verstorbene zu diesem weitschichtigen Thema mehrfach das Wort ergriffen; seine knappe, prägnante Darstellung hat den Beifall zahlreicher Leser erfahren. Der Verstorbene hat ein großes Maß von Arbeit mit großem Pflichtbewußtsein bewältigt. Neben seiner redaktionellen Tätigkeit leitete er auch vielfach die Pressebearbeitung im Hinblick auf Abstimmungsvorlagen, und noch auf den 23. November vorigen Jahres hat er sich mit besonderer Intensität eingesetzt. So reißt sein Tod eine große, schwere Lücke in die bürgerliche Pressefront; wer dem Verstorbenen näher stand, den mußte indessen besonders die Tragik dieses plötzlichen Todes bewegen, denn der Schlag ereilte ihn in einem Abschnitt seines Lebens, da sich seine Persönlichkeit erst wirklich selbständig entfalten sollte. Er hat das Amt des Chefredaktors während kaum drei Jahren ausüben können. An der Trauerfeier waren die Kreise von Politik und Presse überaus zahlreich vertreten; drei Mitglieder des Bundesrates erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre,

unter ihnen der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, ferner zahlreiche Offiziere, die auf diese Weise der vielen Dienste gedachten, die Dr. Weber, zuletzt als Oberst i. G., in treuer Pflichterfüllung auch der Armee geleistet hat.

*

*

*

Die Entwicklung der Lage im Bereiche der *Probleme Europas* ist nunmehr in ein Stadium getreten, das in vielen Beziehungen nach dem Einsatz des amerikanischen Einflusses zu rufen scheint, der infolge der gegebenen Umstände so lange ausbleiben mußte. Zweifellos ist der Fluß der europäischen Einigungsbestrebungen mancherorts stecken geblieben, insbesondere freilich deshalb, weil man in Frankreich offensichtlich über das Problem der deutschen Integration, ganz speziell im militärischen Bereiche, nicht hinwegkommen kann. In dieser Beziehung ist der Lauf der Dinge unverkennbar verstärkt worden, nachdem nunmehr der Gaullismus in direkter Weise weitgehend Einfluß gewonnen hat. Es stehen also wohl ziemlich heftige und grundlegende Auseinandersetzungen bevor, und die Lage wird natürlich keineswegs erleichtert durch die Anzeichen, welche auf ein Wiedererwachen des Nationalsozialismus in Westdeutschland und seine Infiltration in verschiedene Parteien der dortigen Rechten hinweisen. Es fragt sich allerdings, wie weit es den Franzosen gelingen kann, wesentliche Änderungen an den Europaverträgen, insbesondere auch an ihren militärischen Gesichtspunkten, durchzusetzen. Das neue Regime in Washington wird in dieser Beziehung kaum mit sich spassen lassen, und die französische Abhängigkeit ist nun bereits so manifest, daß sich am Ende die amerikanischen Wünsche oder Forderungen in den wesentlichen Punkten durchsetzen werden. So wie die Dinge liegen, wird man in Paris froh sein müssen, wenn es gelingt, die Dispositionsmöglichkeit über die eigenen Streitkräfte mehr oder weniger wieder herzustellen, insbesondere auch über ihre Verwendung in Übersee. Wie schlimm die Verhältnisse in dieser Beziehung schon gediehen sind, ist jüngst in einer Rede des ehemaligen Ministers Diethelm von der Bewegung des Generals de Gaulle zum Ausdruck gekommen. Dieser Mann, der sich übrigens um die Sache des französischen Widerstandes sehr verdient gemacht hat, erklärte, daß von den französischen Behörden praktisch keine Kompanie Soldaten mehr von Paris nach Marseille beordert werden könne, ohne daß vorher ein amerikanischer General sein Einverständnis gegeben habe und die fünf anderen Mächte der Verteidigungsgemeinschaft die finanziellen Ausgaben für die Transaktion gebilligt hätten.

Im übrigen aber scheint man auch im Bereich der *Europa-Armee* selbst und der von ihr zu befolgenden Strategie nicht einig zu sein. Wenn man Nachrichten aus London Glauben schenken darf, so bestehen über die Stärke und den Einsatz dieser Armee der Zukunft sogar in amerikanischen Kreisen Differenzen, nämlich zwischen dem Oberbefehlshaber, General Ridgway, und seinem Stabschef, General Gruenther. Der «Gneisenau» der amerikanischen Armee, wie man General Gruenther gerne nennt, will die westeuropäische Aufrüstung auf 50—60 Divisionen beschränken und den Aufbau auf einem System von Igel-Stellungen basieren. Diese Igel sollen flankierende Bewegungen eigener schneller Verbände im Rücken des Feindes ermöglichen, die Operationen des Feindes in bestimmte Räume kanalisieren, seinen Angriffselan ermüden, seine Kräfte zersplittern und das für eine Gegenoperation notwendige Hinterland so lange als möglich abdecken. Die drei deutschen Igel sollen in der Schwäbischen Alb (um Reutlingen), in der Westpfalz (Kaiserslautern) und in der Eifel liegen. Dazu kommen in Nordwesteuropa noch Teilgebiete

von Dänemark und Schleswig-Holstein sowie von Holland. Die genaue Placierung der französischen Igel (drei im Osten, einer im Südwesten Frankreichs) ist nicht bekannt. Die italienischen Igel liegen südlich der Linie Genua-Bologna-Rimini. Dieses Igel-System wird ergänzt durch eine große Eingreifsarmee der Atlantikpaktstaaten, welche angeblich auf der Pyrenäenhalbinsel stationiert werden soll. Wir könnten uns denken, daß man in Frankreich über diese Art der Planung wenig erbaut sein wird. Gegner des Gruenther-Planes ist im übrigen vor allem eben General Ridgway, der gleich dem britischen Generalsekretär der NATO, Ismay, an den im Februar 1952 in Lissabon verabredeten 96 Divisionen festhält. Dies sei sogar ein Minimum. Man sieht also, auch in diesem Bereiche gehen die Meinungen beträchtlich auseinander.

Erhebliche Differenzen sind auch in den *Beratungen von Straßburg* zu beachten. Während die Kreise des Europa-Rates dazu neigen, eine größere Gruppierung zusammenzubringen, welche außer dem westlichen Kern des Kontinents auch die skandinavischen Staaten und England umfassen soll, streben die sechs Mitglieder der Montan-Union nach einer kleineren Formation, die sich eben auf ihren Kreis beschränken soll. Die Engländer stehen aber einer so gearteten Entwicklung mit Mißtrauen gegenüber; infolge ihrer Bindungen an das Commonwealth sind sie indessen nicht in der Lage, ihren Einfluß im Wege einer direkten Beteiligung geltend zu machen; aus diesem Grunde steuern sie auf die größere Kombination hin, die ihnen im übrigen im wesentlichen nur Rechte, aber keine bindenden Verpflichtungen auferlegen soll. Gegen die Gruppierung der Sechs erhebt sich indes auch Opposition aus anderen Kreisen. So sind die Sozialdemokraten der betreffenden Länder dieser Bildung weitgehend abgeneigt, weil in der Gruppe der Sechs der Einfluß der klerikalen Massenparteien überwiegen müßte. Das ist auch der Grund, weshalb man in zahlreichen, recht ernst zu nehmenden Kreisen radikaler und freisinniger Observanz dieses Gebilde mit wenig Begeisterung begrüßen würde. Es wird sich zeigen, wie weit auch in diesem überaus subtilen Bereiche der neue amerikanische Einfluß sich durchzusetzen vermag.

Vor kurzem sind in Frankreich verschiedene Prozesse abgerollt, welche an die Leidenszeit dieses Landes unter der deutschen Besetzung erinnerten. Es wäre wohl wünschbar gewesen, wenn diese Verfahren etwas früher zum Abschluß gekommen wären, denn es wirkt zweifellos recht peinlich, daß die französische Justiz über acht Jahre brauchte, um, beispielsweise, die Folgerungen aus dem *Drama von Oradour* zu ziehen. In der Zwischenzeit ist man leider hier und dort dazu übergegangen, die Reaktion auf diese unselige Besetzungszeit, nämlich die Widerstandsbewegung, mit Kritik zu überziehen oder ihre Leistungen herabzusetzen. In diesem Zusammenhang sind auch Zahlen verbreitet worden, die sich offenbar nachträglich als übertrieben erwiesen haben. Im Rahmen der Amnestie-Debatte, welche unlängst in der französischen Nationalversammlung stattfand, hat es nun der jetzige Außenminister Bidault, der, wie man weiß, in der Widerstandsbewegung eine führende Rolle spielte, unternommen, die Dinge richtigzustellen. So erklärte er, daß nicht 100 000 oder 120 000 Exekutionen ohne Urteil vollzogen wurden, sondern 10 000 standrechtliche Exekutionen, von denen die Hälfte während der Kämpfe stattfand. Diesen Zahlen stellte der Minister gegenüber: 108 000 jüdische Deportierte, von denen nur 3500 zurückkamen, sowie 112 000 politische Deportierte, von denen 35 000 heimkehrten.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Spanien

Spanien sucht seine Isolierung zu sprengen

1952 war für Spanien das Jahr der vielversprechenden Ansätze zur Sprengung der Isolierung und zur Rückkehr in die europäische, ja sogar in die interkontinentale Politik; es sah den Beginn der Verwirklichung weitreichender, kühner Projekte, deren Realisierung freilich, soll nicht alles bloß als brillantes, aber wirkungsloses Feuerwerk verprasseln, in den kommenden Monaten und Jahren erfolgen muß. Spricht man von der Isolierung Spaniens, so denkt man fast automatisch an die diplomatische Blockade, die nach Kriegsende über dieses Land verhängt wurde. Aber dieser diskutable und in keiner Weise erfolgreiche Ausschluß Spaniens aus der westlichen Völkergemeinschaft ist längst aufgehoben worden, auch wenn das spanische Regime noch in manchen Kreisen Westeuropas und Amerikas abgelehnt wird und Spannungen zwischen Madrid und einzelnen Nationen, besonders Frankreich, andauern. Heute sind in der spanischen Hauptstadt mehr diplomatische Missionschefs akkreditiert als je zuvor, die letzten Jahre der Monarchie nicht ausgeschlossen, nämlich 32 Botschafter und 20 Gesandte, darunter der Vertreter der Schweiz, die treu ihrer Neutralitätspolitik die Beziehungen zu Madrid seit 1938 ununterbrochen aufrecht erhält. Wie sehr die nicht bolschewisierten Länder bestrebt sind, in den vergangenen Jahren verlorenes Terrain wieder aufzuholen, wie sehr sie Spanien als interessanten Handelspartner zu schätzen wissen, was allerdings auch auf Gegenseitigkeit beruht, wie weit das Prestige Spaniens als großer Kulturnation, besonders in der arabischen Welt, reicht, beweisen die 1952 unterzeichneten 16 Handelsabkommen und acht Verträge über kulturelle und technische Zusammenarbeit. Die Diskrimination Spaniens ist also praktisch längst aufgehoben worden und würde in keiner Weise mehr die weiterhin erstaunlich rege und weitgehende Aktivität der spanischen Außenpolitik und Diplomatie rechtfertigen.

Aber unter Isolierung Spaniens versteht man ja heute bei weitem nicht mehr den UNO-Bann, sondern den halb freiwilligen, halb erzwungenen Verzicht Spaniens im 19. Jahrhundert, bestimmend am Weltgeschehen teilzunehmen. Diese Epoche, in der Spanien sich fast zur Gänze von der übrigen Welt separierte und auf sich selbst beschränkte, in der die Pyrenäen mehr als je zuvor der Felsblock vor der Höhle waren, in der sich ein seelisch und körperlich schwer Verwundeter verbarg, diese Epoche soll nach dem Willen des gegenwärtigen Regimes endgültig abgeschlossen und überwunden werden. Sie erscheint den Vertretern des neuen Spanien als die Zeit des tiefsten und beschämendsten Niedergangs ihres Landes, demgegenüber sie ihren festen Entschluß bekräftigen, Spanien in Europa und in der Weltpolitik einen seiner Tradition und seinen — allerdings zum größeren Teil noch abzuwartenden — Leistungen entsprechenden Platz zu sichern. Diese Isolierung zu zerbrechen, die nach den napoleonischen Kriegen begann, sich jedoch schon lange vorher ankündigte, den aus der eigenen Schwäche herrührenden Verzicht rückgängig zu machen, ist das offen bekannte Ziel der Außenpolitik Francos und seines Kreises, nach ihrer Devise: «España una, grande, libre». Die Mittel, die dabei angewandt werden, sind vielfach, sollen aber, selbst wenn dies nicht immer klar ersichtlich wird, alle dem einen, großen Zweck der weltpolitischen Rehabilitierung Spaniens dienen.

Spanien und Amerika

Wie für alle nicht stalinisierten Länder steht auch für Spanien Amerika im Mittelpunkt seiner Außenpolitik, dies um so mehr, als Madrid seit dem Besuch Admiral

Shermans im Sommer 1951 offiziell, in Wirklichkeit aber schon viel länger Verhandlungen zum Abschluß eines bilateralen Beistandsbündnisses mit den Vereinigten Staaten führt. Kommentare und Spekulationen über diesen Vertrag gehören nachgerade schon zum eisernen Bestand jeder internationalen Situationsanalyse, da auch sie, wie der Koreakrieg oder die Besetzung Österreichs, kein Ende nehmen zu wollen scheinen. Im Herbst des vergangenen Jahres hatte es jedoch den Anschein, als ob das Abkommen kurz vor der Unterzeichnung stünde, jedenfalls aber längstens bis zum Jahresende fertiggestellt sein werde. In diesen ersten Januarwochen hingegen ist man geneigt, anzunehmen, daß der Vertrag im äußersten Fall kurz nach dem Amtsantritt Eisenhowers, möglicherweise aber schon vorher unterzeichnet werde, und glaubt, seinen Inhalt im wesentlichen bereits zu kennen. Danach würde Spanien den Vereinigten Staaten die Benützung von Flotten- und Flugzeugstützpunkten gestatten, die jedoch von den Amerikanern auszubauen wären, und als Gegenleistung Militär- und Wirtschaftskredite bekommen, die bis zu 800 Millionen Dollar betragen sollen, wozu noch die von den USA getragenen Kosten für die Modernisierung der Armee, den Ausbau des Pyrenäenbefestigungswerks und die in der vorgenannten Zahl nur zum Teil berücksichtigte Instandstellung des spanischen Straßen- und Schienennetzes gerechnet werden müssen.

All diesen Annahmen und Behauptungen muß jedoch der erst am 31. Dezember gefallene Ausspruch des spanischen Außenministers Martin Artajo entgegengehalten werden, der vor «Spekulationen über den Zeitpunkt und den Inhalt des Vertrages» nachdrücklich warnte. Ein anderes Regierungsmitglied, das noch im Herbst den baldigen Abschluß des Bündnisses als gesichert ansah, erklärte nach einer der ersten Kabinettsitzungen im neuen Jahr, daß der Vertrag «noch nicht fertiggestellt» sei. Auf die Frage, was diese Verzögerung verursache, wies er auf den nach den Präsidentschaftswahlen erfolgten Wechsel in den amerikanischen Ministerien und Ämtern hin. Es scheint jedoch, daß ein Abkommen, welches vor drei Monaten noch in Madrid von überaus kompetenter Seite als «in seinen Grundzügen fertiggestellt» bezeichnet wurde, von dem es sogar hieß, daß es bereits paraphiert sei und nur mehr Detailfragen abzuklären seien, von dem aber jetzt plötzlich gesagt wird, daß es noch nicht «a punto» wäre, es scheint somit, daß ein solcher Vertrag durch in letzter Minute aufgetauchte unerwartete Schwierigkeiten oder durch Meinungsverschiedenheiten nicht zu dem ursprünglich ins Auge gefaßten Termin zu Ende gebracht werden konnte. Darauf deutet besonders der immer wieder sowohl hier als auch in Washington abgegebene Hinweis auf die «noch zu bereinigenden Detailfragen» hin. Was unter diesen Detailfragen verstanden wird, ob damit bloß Formalitäten bei der Benützung der Stützpunkte, neue Kredite oder gar politische Probleme gemeint sind, kann mit Bestimmtheit jetzt unmöglich festgestellt werden. Man muß jedoch einer Ansicht Aufmerksamkeit schenken, die sowohl in diplomatischen als auch in politischen Kreisen Madrids vertreten wird und die von einer neuerlichen Regierungsumbildung vor dem Vertragsabschluß wissen will. Die drei falangistischen Minister sollen aus der Regierung austreten und an ihre Stelle Angehörige der katholischen und monarchistischen Gruppen gesetzt werden. Dies würde auf Wunsch Washingtons geschehen, das dem Regime Francos zwar keineswegs unfreundlich gegenübersteht, das aber mit Rücksicht auf einen Teil der öffentlichen Meinung im eigenen Land wie auch in Frankreich und England die «faschistische Komponente» im spanischen Staat wenigstens aus dem Ministerkabinett ausgemerzt sehen will.

Nun gehören Spekulationen über Regierungsumbildungen zu den beliebtesten Gesellschaftsspielen in Madrid, so daß allen Ansichten in dieser Angelegenheit größte Vorsicht entgegengebracht werden muß. Der Rücktritt der falangistischen Minister wird aber auch in politischen Kreisen der spanischen Hauptstadt sehr ernst genommen und keineswegs als Straßen- oder Salongerücht abgetan. Besonders

hebt man hervor, daß der offizielle Anfang der Besprechungen mit Amerika, der durch das Eintreffen Admiral Shermans in Madrid gekennzeichnet war, mit der nahezu totalen Umbildung der spanischen Regierung zusammenfiel. Man glaubt daraus schließen zu können, daß auch der Abschluß des Vertrages eine neue, zumindest teilweise «Wachtablösung» durchaus möglich machen würde. Welche Schwierigkeiten den Abschluß des Bündnisses verzögerten, ist jetzt jedoch noch nicht klar ersichtlich. Gewiß ist allein, daß eine Verzögerung eintrat, doch können die Hindernisse, die in den ersten Januartagen noch nicht behoben waren, bis zum Erscheinen dieses Berichts sei es in diskreter, der Allgemeinheit nicht sichtbar werdender Form, sei es durch das auffällige Mittel einer Regierungsumbildung behoben worden sein, wodurch der Paktunterzeichnung nichts mehr im Wege stünde. Kaum mehr bezweifelt wird ferner, daß längst nicht mehr die Wünschbarkeit eines spanisch-amerikanischen Pakts, sondern nur mehr die Abfassung seiner Bestimmungen zur Diskussion steht, womit Franco die wichtigste und schwierigste Strecke auf dem Weg zu seinem großen Ziel, Spanien wieder Weltgeltung zu verschaffen, zurückgelegt hätte, da allein mit amerikanischer Hilfe und in Anlehnung an die Vereinigten Staaten dieses Land seiner politischen Randposition entrinnen kann. Wie viel aber bereits auch erreicht sein mag, so bleibt doch zur vollen Verwirklichung nicht minder viel zu tun übrig, so daß besonders im amerikanisch-spanischen Problem dieses Jahr zu erweisen haben wird, ob den großen Plänen auch die entsprechende Tat folgen kann.

Spanien, der Islam und die Hispanidad

Teils um den Wert eines Bündnisses mit Spanien zu demonstrieren, teils um sich nicht zur Gänze den Vereinigten Staaten zu verschreiben, hat Madrid seine Mittel-Ost-Politik aktiviert. Der Besuch Martin Artajos in den arabischen Staaten ist noch in frischer Erinnerung, die Unterzeichnung verschiedener Freundschafts- und Kulturabkommen mit Ländern des Mittleren Orients bekannt. Diese Annäherung an die arabischen Nationen unter Berufung auf historische, abstammungsmäßige und kulturelle Bindungen hatte für Spanien den Vorteil, eine Zeit lang die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, als einen der möglichen Faktoren in dem strategisch und wirtschaftlich so bedeutsamen Mittleren Osten zu lenken. Sie sicherte außerdem Madrid die Stimme der arabischen und islamischen Länder in der UNO und ihren Organisationen, was bei der Aufnahme Spaniens in die UNESCO mit der größten bisher bekannten Stimmenzahl, dem wichtigsten Prestigeerfolg Francos bis zu diesem Zeitpunkt, nicht unerheblich ins Gewicht fiel. Weiter freilich hat sich die spanisch-arabische Freundschaft, die mehr hier als in der islamischen Welt gepriesen wird, noch nicht ausgewirkt. Ja, sie wird ihre Zerreißprobe erst noch bestehen müssen und diese Zerreißprobe heißt Spanisch-Marokko.

Die arabische Liga hat das spanische Protektorat in Nordafrika nicht unter die «zu befreienden Gebiete» gerechnet, vor allem deshalb, weil Franco der Zone die Selbständigkeit in Aussicht stellte. Den Zeitpunkt dafür zu bestimmen, hat er sich freilich vorbehalten, und allmählich erkennt man in den arabischen Nationen, daß die Autonomieerklärung nicht für die nächste Zeit zu erwarten ist. Eine gewisse Enttäuschung unter den Arabern macht sich daher bemerkbar und in Spanien beginnt man andererseits die Unruhen in den französischen Gebieten Nordafrikas, die man bisher mit einiger Schadenfreude kommentierte, anders zu beurteilen. Franco bezeichnete sämtliche Urheber der Emeuten in Marokko und Tunis als Kommunisten, womit er den Arabern zu verstehen gab, daß er, falls er sich zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Frankreich entschließen sollte, keineswegs legitime Ansprüche arabischer Nationalisten verletze, sondern lediglich dem Weltfeind Kom-

munismus gegenüber trete. Eine solche Gemeinschaftsaktion mit Frankreich in Nordafrika, trotz allen noch bestehenden Spannungen zwischen Madrid und Paris, rückt aber durchaus in den Bereich des Möglichen; ob man sich hier wieder daran erinnert, daß Spanien und Frankreich zusammen bereits mehrmals die Ruhe in den stets so leicht erregbaren Gebieten wiederhergestellt haben und daß schließlich noch im vergangenen Jahr spanische Truppen gemeinsam mit französischen in Tanger einmarschierten, was den Auftakt zu dem zweiten großen Prestigeerfolg Francos im letzten Jahr, zur Revision des Tangerstatuts, bildete. Wie der Arabischen Liga dieser allmählich sich abzeichnende Stellungswechsel verständlich gemacht werden kann, ist schwer vorzusehen, doch ist es trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten gelungen, Spanien in Afrika und im Mittleren Osten eine, wenn auch bescheidene Rolle zu sichern. Ob sie beibehalten oder gar verbessert werden kann, ob die allzu vielseitige Anlehnungspolitik Madrids nicht wieder manches Begonnene zerstören wird, muß sich in diesem oder spätestens im nächsten Jahr erweisen.

Ganz am Anfang aber steht noch der Versuch, eine Art hispanisches Commonwealth zu schaffen, das auf der ethnisch und kulturell gedachten «Hispanidad», der allspanischen Idee basieren soll. Gewiß ist die sentimentale und kulturelle Verbindung der südamerikanischen Staaten mit Spanien sehr stark. Gewiß auch ist Spanien, das Mutterland, der südamerikanischen Unterstützung sicher, wenn es um die Aufnahme in die UNO geht. Auf politischem Gebiet aber lehnen die Lateinamerikaner jeden Schein einer Bevormundung oder selbst nur Beeinflussung dezidiert ab und pochen sehr kräftig auf ihre «politische Mündigkeit», was zuweilen zu Kontroversen mit Spanien führt. Die Idee, Spanien zum Bindeglied zwischen Südamerika und der islamischen Welt zu machen, ist also noch sehr weit von ihrer Verwirklichung entfernt. Ein südamerikanischer Diplomat gab auch, mit der Realistik der neuen Welt, den Spaniern den Grund dafür an: «Amerika bietet Dollar, Rußland eine Ideologie. Aber was gibt Spanien? Ratschläge».

Spanien und Europa

Den geringsten Wechsel und die wenigsten Veränderungen haben die Beziehungen Spaniens zu Europa erfahren. Bezeichnend dafür ist, daß sowohl Franco in seiner Neujahrsrede als auch Martin Artajo in seinem Jahresüberblick nur mit ein paar Worten auf diese Frage zu sprechen kamen. Das Verhältnis zu Frankreich ist weiter das der unguten Nachbarschaft. Die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland sind durch das — überdies um fast zwei Jahre verspätete — Eintreffen eines deutschen Botschafters in Madrid normalisiert, jedoch statt verbessert eher stärker belastet worden, da Bonn nun auf die Lösung der Frage des deutschen, von Spanien beschlagnahmten Eigentums drängt, Madrid jedoch zur Leistung von Schadenersatz keinerlei Anstalten trifft. Nur ein großer, überraschender Umschwung hat sich gegen Jahresende angezeigt: Spanien nähert sich England und dieses versäumt nichts, was zur Fortführung dieses Versuchs ermutigen könnte. Im Hinblick auf die künftige, sehr vorteilhafte, aber infolge der Disproportion der Kräfte auch überaus gefährliche Partnerschaft mit den USA muß Madrid sich nach einem zweiten Verbündeten, nach einer Ausweichmöglichkeit umsehen, die Südamerika oder die arabischen Nationen nicht sein können noch wollen. England aber wird jede Gelegenheit, den amerikanischen Einfluß auf der Halbinsel nicht übermächtig werden zu lassen, ergreifen. So hat sich z. B. der Ton der gelenkten spanischen Presse gegenüber England in einer Weise geändert, die man nicht für möglich gehalten hätte. Das vor kurzem noch heftig attackierte Großbritannien ist heute «bewundernswert in seiner weisen Außenpolitik» und sogar die Falange erklärt

zum allgemeinen Erstaunen, daß «die britisch-spanische Verständigung von Tag zu Tag größer» werde. England antwortet in der gleichen Weise und da außer Gibraltar kaum ein ernstes Streitobjekt zwischen den beiden Nationen liegt, diese Frage aber, wie man zumindest in Madrid zu wissen glaubt, auf Grund eines Vorschlages Francos, Gibraltar spanischer Souveränität zu unterstellen, es aber den Briten zur Benützung weiterhin zu überlassen, gelöst werden kann, so scheint sich tatsächlich auch in Europa ein Weg für Spanien aufzutun, der es aus seiner hundertjährigen Isolierung entläßt. Die Vorbereitungen sind im vergangenen Jahr getroffen worden. Es wird von dem gewiß nicht geringen Geschick der spanischen Diplomaten, von der Entwicklung der internationalen Lage, nicht zuletzt aber von den realen Möglichkeiten der spanischen Wirtschaft und der spanischen Armee, schließlich auch von der innenpolitischen Stabilität in diesem Land abhängen, ob die mit so viel Voraussicht entworfenen Pläne auch zur vollen Durchführung gelangen.

Annemarie Schwyter

Bericht aus Italien

Im Leitartikel einer bekannten schweizerischen Wochenzeitung war vor einigen Wochen zu lesen, Italien sei das meistgefährdete Land Europas. Der Verfasser spielte offensichtlich auf die bis jetzt unverminderte Stärke der kommunistischen und linkssozialistischen Parteien an. Es wäre sicher falsch, diese latente Gefahr zu leugnen, aber ebenso unrichtig scheint uns die pessimistische Gesamtdiagnose zu sein. Sie mag für beschränkte Kreise gelten (wir denken dabei vor allem an die Römer Aristokratie, die, ohnehin mehr oder weniger degeneriert, durch die konstanten Geldentwertungen wirtschaftlich lädiert, durch die sich im Gange befindlichen Enteignungen ihrer Latifundien vollends in ihrem Parasitentum bedroht, politisch und sozial durch die Abschaffung der Monarchie weitgehend kaltgestellt, keine andere Beurteilung verdient), nicht aber für den Landesdurchschnitt. Nun ist es ja wahr, daß man auch in andern Bevölkerungsschichten Italiens von Pessimismus triefende Worte über dessen Gegenwart und Zukunft zu hören bekommt. Es gehört nun halt einmal in unserm Nachbarland sozusagen zum guten Ton, Fremden gegenüber die Cassandra zu spielen. Man tut aber immer gut, solche Unkenrufe mit einem ganz gehörigen «granum salis» zu würdigen, denn in den meisten Fällen glauben die Kassandren durchaus nicht, was sie einem im Brustton der Überzeugung vortragen. Wer in täglichem Kontakte mit dem italienischen Volke steht, ist von dessen Lebensfreude, Unternehmungslust und Zukunftsglauben immer wieder überrascht, was ja auch die Erklärung dafür bietet, daß in kaum einem andern kriegsversehrten Lande unseres Kontinentes der Wiederaufbau einen derartigen Umfang wie in unserem südlichen Nachbarlande angenommen hat.

Nun sehen auch wir die Schattenseiten, so vor allem die innenpolitische Zerrissenheit, die bis jetzt, und wohl noch recht lange, die Schaffung eines echt demokratischen Staatsbewußtseins nicht im notwendigen Ausmaße ermöglicht. Es ist aber zu bedenken, daß vielen Italienern der Wechsel von einer auf Sand gebaut gewesenen Großmachtstellung unter Mussolini zu einer solidern Mittelstaat-Position nicht leicht fällt, schon weil sie von Natur aus mehr Wert auf äußeres Gepränge legen als z. B. wir nüchternen Schweizer. Man darf aber wohl erwarten, daß mit der zunehmenden Konsolidierung des Landes auch die gegenwärtig oft festzustellende Desorientierung verschwinden wird.

Innenpolitisch

steht Italien am Anfang der großen Wahlschlacht, die sich wahrscheinlich im kommenden Spätfrühling oder Frühsommer abspielen wird. Seit dem April 1948, als die letzten Parlamentswahlen durchgeführt wurden, haben sich nicht unbedeutende Verschiebungen in der Stärke der verschiedenen Parteien abgezeichnet. Während die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Nenni-(Links-)Sozialisten stets ungefähr 40% der abgegebenen Stimmen in den seither durchgeführten Gemeindewahlen auf sich vereinigen konnten, schrumpfte der Anhang der «Democrazia Cristiana», der Hauptpartei des demokratischen Lagers, die vor fünf Jahren 52% aller abgegebenen Stimmen buchen konnte, verschiedenerorts zusammen, zu Gunsten der Rechtsextremisten vor allem, die vom «Movimento Sociale Italiano» (M.I.S.), der Sammelgruppe der Neofaschisten, zu den Monarchisten reichen.

Aus der Befürchtung heraus, nicht nur nicht mehr auf einen so durchschlagenden Wahlerfolg wie vor fünf Jahren zählen zu dürfen, sondern sogar mit der Gefahr rechnen zu müssen, sich im kommenden Parlament einer unvermindert starken Marxistengruppe und einer verstärkten Rechtsextremistenpartei gegenübergestellt zu sehen, die, durch den Haß gegen die «Democrazia Cristiana» vereint, sogar die Mehrheit erringen könnten, hat sich die demokratische Massenpartei veranlaßt gesehen, mit den andern drei demokratischen Parteien, dem «Partito Liberale», dem «Partito Repubblicano» und der sozialdemokratischen Partei unter Saragat und Romita eine Wahlkoalition einzugehen. Damit verbunden ist eine Wahlreform, die im Falle eines wahrscheinlichen gemeinsamen Sieges der Allianz 65% aller Deputiertensitze sichern soll. Nach langen Verhandlungen (die übrigens zu einer erneuten Krise in der sozialdemokratischen Partei mit darauffolgendem Ausschluß einiger linksstehender Exponenten führten, da sie sich dem Mehrheitsbeschluß nicht fügen wollten) wurde man handelseinig und brachte den Reformentwurf vor die Kammer und den Senat, wo seit Wochen uferlose Diskussionen über die «Legge truffa» (Betrugsgesetz) stattfinden, wie die Opposition den geplanten Wahlmodus nennt. Links- und Rechtsextremisten ziehen wie erwartet alle Register einer sturen Obstruktionspolitik, um die Vorlage zum Scheitern zu bringen, und vereiteln dadurch fast jede anderweitige parlamentarische Tätigkeit. So weit sich heute absehen läßt, wird diese Zermürbungstaktik aber kaum zum gewünschten Ziele führen. Wenn vom praktischen Standpunkt aus die «Mehrheitsprämie», wodurch eine arbeitsfähige demokratische Parlamentsmehrheit geschaffen werden soll, auch durchaus zu begrüßen ist, so kann man ihr aus prinzipiellen Gründen nicht restlos beipflichten. Gewiß soll sie keine Minderheit in eine Mehrheit umwandeln, wie es hinter dem eisernen Vorhang Usanz ist, denn die Zweidrittelmehrheit soll der Wahlkoalition ja nur dann zufallen, wenn sie ohnehin mindestens 50,1% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen wird, aber solche Präzedenzfälle pflegen sich in der Weltgeschichte bekanntlich oft zu rächen, da sie der unterliegenden Partei das propagandistisch so gefährliche Argument des Märtyrertums in die Hände spielen. In der gegenwärtigen Wahlschlacht ist dafür bereits das Wort «vittimismo» (vittima = Opfer) geprägt worden. Auch wenn die Wahlreform im Parlament allerends angenommen werden sollte, wird man sich auf einen äußerst scharfen Wahlkampf vor dem Abstimmungstag gefaßt machen müssen, der an demagogischer Perfidie von Seiten der beiden Oppositionsgruppen seinem Vorgänger von 1948 nichts schuldig bleiben dürfte. Wie übrigens die Februarereignisse in der Tschechoslowakei vor fünf Jahren weitgehend zum damaligen Siege der «Democrazia Cristiana» beigetragen hatten, dürfte auch diesmal der Slansky-Clementis-Prozeß mit den elf Galgen wiederum den Genossen Togliatti und Nenni einige Kopfschmerzen bereiten. Die Demokraten Italiens sind den Machthabern im Kreml und auf dem Hradschin für diese unfreiwillige Hilfe recht dankbar.

Wann

das Bonner Vertragswerk

im italienischen Parlament ratifiziert werden wird, ist durch die jüngsten Tendenzwechsel in Frankreich und Deutschland wieder zur offenen Frage geworden. Sofern auch das neue Parlament mehrheitlich demokratisch zusammengesetzt sein wird, ist an der Ratifizierung in absehbarer Zeit nicht zu zweifeln. Wenn man dasselbe nur auch von Paris und Bonn sagen könnte! Dem ausländischen Beobachter fällt übrigens immer wieder auf, wie der Gedanke der europäischen Integration in Italien populär ist. Italien stellt diese Haltung nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unter Beweis. Im Wirtschaftssektor hat es trotz massiver Verschlechterung seiner Handelsbilanz an seinen weitgehenden Liberalisierungsmaßnahmen festgehalten; es ist heute neben der Schweiz und Belgien das Land mit dem freiesten Warenverkehr in Europa. Auf militärischem Gebiete ist es einer der wenigen Atlantikpaktpartner, die den in Lissabon festgelegten Verpflichtungen nachgekommen sind. Nicht nur schreitet seine eigene Aufrüstung programmgemäß fort — es verfügt laut offiziellen Verlautbarungen heute über zwölf fast ganz ausgerüstete Divisionen —, sondern es wird immer mehr zur großen Etappe und maritimen und aeronautischen Schwerpunktstation des Südsektors des Atlantikpaktes. Die riesigen Kriegsmateriallager zwischen Livorno (dem wichtigen Ausladehafen) und Pisa, die zahlreichen Automobile mit den AFSE-Schildern (Allied Forces Southern Europe), die periodischen Flottenbesuche der großen amerikanischen und englischen Mittelmeerflotten in den italienischen Häfen u. a. m. bezeugen, daß die Anstrengungen des Atlantikpaktes auch in dieser Zone nicht nur auf dem Papier stehen geblieben sind. Zweifellos hat aber Italien noch einen ganz besondern Grund, die eigene Aufrüstung mit allen Kräften voranzutreiben, und dieser Grund heißt

Triest.

Wie zu erwarten war, hat die Vermittlungsaktion der angelsächsischen Diplomatie (es sei an den Besuch Edens in Belgrad erinnert) in dieser dornigen Frage noch zu keiner Entspannung geführt. Italien weiß ganz genau, daß seine Atlantikpaktpartner im Westen ja nur deshalb mit Tito flirten, weil sie seine Armee als Sicherung jener gefährlichen Zone nördlich und westlich der Adria gegenwärtig im strategischen Kräftespiel brauchen.

Je stärker die militärische Kraft Italiens wird, desto weniger braucht man im NATO-Hauptquartier auf Tito Rücksicht zu nehmen, dessen «demokratische Stubenreinheit» ja nirgends hoch im Kurse steht. Und je weniger man Tito benötigt, desto größer sind die italienischen Erfolgsaussichten in einem Arrangement über Triest, das ja einmal kommen muß. Bei der heutigen politischen Konstellation kann es kaum stark vom gegenwärtigen de facto-Zustand differieren (Zone A mit Stadt Triest zu Italien, Zone B zu Jugoslawien). Wie wir die Lage heute beurteilen, ist die Zeit für diese Vernunftlösung aber noch nicht gekommen. Hüben und drüben wird im Gegenteil leidenschaftlich um die Verbesserung der Ausgangslage gekämpft. In diesem Zusammenhange muß der Abbruch der Beziehungen Jugoslawiens mit dem Vatikan gesehen werden, der doch wohl in erster Linie der italienischen Regierung galt. Ins gleiche Kapitel gehört Titos Bereitwilligkeit zu vermehrter militärischer Zusammenarbeit mit der NATO, vor allem mit deren Südostpartnern Türkei und Griechenland, und die heftige jugoslawische Reaktion auf den Besuch De Gasperis in Athen. Wenn diese Reise auch schon seit Monaten vorgesehen war als Gegenbesuch für den letztjährigen Römer Aufenthalt des griechischen Außenministers Venizelos, so kommt ihr doch gegenwärtig eine große politische Bedeutung zu. Italien versucht sich nachdrücklich in das östliche Mittelmeerkonzert einzuschalten und seine ihm durch die (im Werden begriffene) jugoslawisch-griechisch-türkische Militärallianz drohende politische und

·militärische Ausklammerung zu parieren. Das seinerzeitige Verlangen Italiens, das militärische Oberkommando über seine eigenen Streitkräfte, sowie über die türkischen und griechischen im Südsektor der NATO zu erhalten, muß auch in diesem politischen Zusammenhang gewertet werden. De Gasperi steht nun vor der schwierigen Aufgabe, auf diplomatischer Ebene den damaligen Fehlschlag wettzumachen. Unrichtig sind auf alle Fälle die Belgrader Befürchtungen, Italien versuche Jugoslawien auszumerzen. Keinem vernünftig denkenden Italiener kann die militärische Bedeutung seines östlichen Nachbarstaates als Abwehrbollwerk gegen die sowjetische Gefahr verborgen bleiben, und die Presse Italiens weist auch immer wieder darauf hin. Dessen ungeachtet wird keine italienische Regierung die Hand zu einem Abkommen über Triest reichen können, die den historischen und ethnographischen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Man ist in Rom zu einem *ehrenhaften* Kompromiß im eigenen und gesamteuropäischen Interesse bereit, schon weil man den jüngsten russischen Sirenentönen durchaus nicht traut und mit Bangen die bedrohlichen Rückschläge in den westlichen Integrationsbemühungen sich mehren sieht.

Peregrinus

Militärische Umschau

Die militärische Sicherheit Frankreichs

Wir veröffentlichen im folgenden den Bericht eines hochgestellten französischen Offiziers, der die Ansicht militärischer Kreise Frankreichs wiedergibt.

Sollte aus dem kalten ein heißer Krieg entstehen, so müßte Frankreich sein Augenmerk nicht in erster Linie darauf richten, ihn schließlich zu gewinnen, sondern darauf, nicht besetzt zu werden. Weder zehn Jahre noch zehn Tage, weder ganz noch teilweise. Frankreich sollte darnach trachten, überhaupt nicht besetzt zu werden. Eine Besetzung würde eine Katastrophe bedeuten; die Befreiung käme einer zweiten gleich und Frankreich würde blutleer und entstellt aus dem Krieg hervorgehen.

Für Frankreich ist es also notwendig — aber auch ausreichend —, daß der Feind aufgehalten wird, bevor er seine Grenzen erreicht; praktisch gesprochen am Rhein. Erzwingt der Feind den Übergang über diesen Strom, so wird er Frankreich bis zu den Pyrenäen überfluten: Maas, Marne, Seine und Loire sind für moderne Heere Hindernisse, die man mit Leichtigkeit nimmt. Um aber den Feind unterwegs aufzuhalten und ihn im Gegenangriff zurückzuwerfen, braucht es frische Kräfte. Woher solche heranzuführen? Aus Afrika? Aus England? Aus Amerika? Der Feind käme ihnen in unseren Häfen zuvor. Ginge der Rhein verloren — finis Galliae.

Einen militärischen Wert besitzt der Rhein aber nur, wenn seine Verteidigung organisiert wird. Es handelt sich nicht um eine Verteidigungskette seiner ganzen Länge nach. Soll sich Frankreich geborgen fühlen, so muß die Verteidigung am Rhein, von der Schweizergrenze bis zur Nordsee, aus einem tiefgestaffelten, auf beiden Ufern rittlings erstellten System bestehen. Außerdem sollten die Garnisonen dauernd auf Kriegsstärke gehalten und in ihren Abschnitten belassen werden, da aus dem Raum der Elbe vorstoßende Panzerkräfte den Strom in wenigen Stunden erreichen können. Jahrelang hätten sie die Wacht am Rhein zu übernehmen, wie einst die römischen Legionen am «limes», den Barbaren Einhalt gebietend — zur Erhaltung des Westens.

Es liegt auf der Hand, daß die Bestände Frankreichs und Belgiens bei weitem nicht genügen, um einen so riesenhaften Wall zu besetzen. Dies um so mehr, als die Rheinarmee nur aus Soldaten des Auszugs, wenn nicht sogar aus Berufstruppen, aus ausgebildeten, kampferprobten und kampfbereiten Einheiten bestehen müßte. Eine schwierige, aber keineswegs unlösbare Aufgabe, wenn unsere treuen Waffenbrüder ihre Politik und ihre Versprechen in Übereinstimmung bringen und es nicht nach jeder überwundenen Krise an Eifer und Klarsicht fehlen lassen würden. Haben sie nicht behauptet, beteuert und verkündet, der Rhein bilde nicht nur die militärische Grenze Frankreichs, sondern die ihrige, — die der zivilisierten Welt überhaupt? Von da an hatten wir das Recht, zu erwarten, daß sie aus der Verteidigung des Rheins — ihren Erfahrungen und dem gegebenen Worte folgend — die Schlüsselstellung ihrer strategischen Pläne machen würden und einstimmig bereit wären, sich, im Verhältnis der vorhandenen Menschenreserven, an der Aufstellung und am Unterhalt dieses stehenden Heeres zu beteiligen.

Gewiß, diese Lösung hätte die Franzosen um die Ehre gebracht, als erste den Kopf hinhalten zu dürfen, um ihren Kameraden die Zeit zu geben, die Waffen zu ergreifen und an die Front zu marschieren. Ein solches Opfer hätten sie allerdings schmerzlos auf sich genommen; denn dann hätten sie sich wieder, in einem seit langem verlorenen Gefühl der Sicherheit, an die Arbeit machen und selbst die Erinnerung an ein zufälliges Versagen auswischen können.

Vorübergehend stellt sich dieses Anliegen nicht mehr in dieser Form, weil die Grenzen der freien Welt heute bis an den eisernen Vorhang vorverschoben worden sind und das ehemalige nationalsozialistische Deutschland nolens volens im Lager der Alliierten Aufnahme gefunden hat. Gleichzeitig hat man Frankreich zu verstehen gegeben, es habe nicht mehr den gleichen Wert wie noch vor kurzem, es sei eigentlich nur mehr eine Provinz Europas; man fühlte sich auch bemüßigt, hinzuzufügen, den verbluteten und verarmten Nationen stehe — bei Gott — die Demut wohl an, wobei man nicht versäumte, Frankreichs glorreiche Taten gebührend zu beweihräuchern. Des langen und breiten wurde in seiner Gegenwart die Frage erörtert, ob es wohl nicht besser wäre, es, im Interesse der Alliierten, zu befreien, statt es zu beschützen. Wenn man sich schließlich, nach langem, noch nicht überall überwundenem Zögern, nach verächtlichem Mienenspiel, entschloß, es nicht kurzerhand seinem Schicksal zu überlassen, so geschah dies unter der Bedingung, Frankreich habe, ungeachtet seiner noch frischen Wunden und ohne sich darum zu kümmern, ob, wie und durch wen die Verteidigung seines eigenen Bodens übernommen werden solle, seine Einwilligung an der Mitarbeit zur Verteidigung Deutschlands zu geben, eines freigesprochenen, reingewaschenen, in die europäische Völkerfamilie wieder aufgenommenen Deutschlands. Frankreichs beste Divisionen stehen zwischen Elbe und Rhein, mit der Aufgabe, einen russischen Angriff zu verzögern. Wer wird, während sie sich opfern, hinter sie treten und die Rheingrenze halten? Um eine Chance zu wahren, nicht besetzt zu werden, sieht sich Frankreich gezwungen, seine Streitkräfte in Franken und Bayern auf Abenteuer auszusenden.

Das ist das Peinlichste nicht. Von dem Augenblick an, da die französische Armee dazu bestimmt wird, in Deutschland für Deutschland zu kämpfen, ist sie in höchstem Grade daran interessiert, zu wissen, wie sich die Deutschen um sie herum verhalten werden. Werden sie neutral und untätig zusehen? Ein seltsamer Anblick, fürwahr: Deutsche stehen beim Vorbeimarsch der Franzosen Spalier, spenden Beifall und rufen ihnen zu: «Wir bleiben hübsch zu Hause; ihr aber, nur mutig ,drauf', bis zum Letzten!» Von den gleichen Franzosen, die damals schlecht gelaunt für *Danzig* in den Tod zogen, würde man heute verlangen, daß sie vor Nürnberg fallen. Und dies für die Deutschen? Sollten sie nicht dazu zu bringen sein, so sollten sie sich nur die Folgen ihres Rückzuges ausmalen: die Russen laden

— auf ihre Art — die Deutschen ein, wieder in den Waffenrock zu schlüpfen, und schieben sie vor sich hin, nach Paris und darüber hinaus. Kurz, die Franzosen selbst können nicht umhin, einzusehen, daß, sofern sie für Deutschland ins Feld ziehen, es widersinnig, ja ungeheuerlich wäre, die Deutschen dieser Pflicht zu entbinden. Also ist es unumgänglich nötig, die Deutschen aufzurüsten. Deutschland aufrüsten?

Da haben wir es ja! Deutschland aufrüsten lassen oder den Sowjets ausgeliefert sein. Dies ist das Dilemma, das man auf Frankreich lasten läßt und unter dessen Druck es erstickt. Um sich vor einer russischen Invasion zu schützen, deren Greuel man sich unschwer ausmalt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als ein deutsches Heer erstehen zu lassen, welches sein Gebiet in jeder Generation einmal mit Krieg überzieht. Entscheidend auf seine Wahl wirkt sich lediglich die Überlegung aus, daß beide Gefahren wohl gleichermaßen tödlich, nicht aber gleich drohend sind. Der Deutsche kommt morgen; der Russe ist da und droht, alles zu überfluten. Lieber nicht unverzüglich und unfehlbar ertränkt werden!

Die ideale Lösung würde vorliegen, wenn das Bestehen des deutschen Heeres genau an die Dauer der russischen Gefahr gebunden wäre; sollte die Militärmacht der Sowjets plötzlich zusammenbrechen, so müßten die deutschen Divisionen noch am selben Tag verabschiedet und entlassen werden. Eine solche Klausel könnte aber nicht einmal den Gegenstand einer Verhandlung bilden. Wohl oder übel müssen wir also annehmen, daß, wenn die deutsche Armee aufersteht, es auf immer sein wird.

So versucht man unsere Enttäuschung und unsere Beklemmung mit Worten des Trostes zu lindern: «Die deutsche Wehrmacht wird ‚integriert‘ werden; die deutsche Armee wird mit demokratischen Ideen durchtränkt werden; das deutsche Heer wird überwacht und an einem straffen juristischen Gängelband geführt werden». Eitel Geschwätz! Alle kürzlich gemachten Erfahrungen beweisen, wie hohl solche Zusicherungen sind. Nur wer nach Hirngespinsten jagt, läßt sich irreführen. Das wahre Mittel, um zu verhindern, daß sich die deutsche Armee für Frankreich und die verbündeten Nationen zu einer Gefahr auswächst, lehrt uns die Geschichte.

So wie das besagte Heer, gemäß den Planungen für die Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, aussehen soll, gibt es zu keinen besonderen Befürchtungen Anlaß. Weil es zahlenmäßig den französischen Streitkräften unterlegen sein wird? Nein! Weil es nicht ermächtigt werden soll, seine schweren Waffen selber herzustellen? Auch nicht! Weil es sich beim geringsten Mutwillen einer Lawine von Strafmaßnahmen ausgesetzt weiß? Noch viel weniger. Aus dem einzigen Grunde nur, weil es deutsch und nicht preußisch sein wird. Militärisch wie politisch ist Deutschland ungiftig, solange es deutsch bleibt. Giftig wird es vom Tage an, an welchem es preußisch wird.

Da gibt es nun Leute, die nicht begreifen, weshalb die Franzosen — ausgerechnet sie — es so eilig haben, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Das geeinigte Deutschland, Hauptstadt Berlin — sagen wir zutreffender K.P. Berlin — bedeutet sicher die Wiederauferstehung der Reichswehr oder der Wehrmacht und ihrer Hauptquartiere. Das bedeutet Krieg. Krieg gegen den Osten, um ihm die unter polnischen Einfluß geratenen Gebiete zu entreißen, oder Krieg gegen den Westen, mit der Einwilligung, vielleicht mit dem Bündnis der Sowjets. Eine Annahme, die keineswegs aus der Luft gegriffen ist. Hat man etwa das «Aktionskomitee für ein freies Deutschland» und dessen Tätigkeit in den deutschen Lagern in Rußland vergessen, dem Marschall Paulus und General Seydlitz und so viele andere hohe Offiziere der alten Garde angehörten? Alle diese authentischen Vertreter des alten Deutschlands befürworteten — sie haben es am russischen Radio während des Krieges verkündet — ein neues Bündnis mit Rußland, um, dank einer deutsch-russischen Zusammenarbeit, ein Europa nach ihrem Geschmack zu schmie-

den. Einer von ihnen hat geschrieben: «Deutschland und Rußland, das wäre die Herrschaft über die Welt». Man ist überrascht, daß die französischen Regierungen sich nicht glücklich schätzen, infolge unverhoffter Umstände Berlin aus Deutschland isoliert zu sehen, daß ihnen nichts so sehr am Herzen zu liegen scheint, als Preußen die vor weniger als hundert Jahren mit Feuer und Schwert erworbenen politischen und territorialen Rechte zurückzugeben. Man könnte glauben, sie hätten für Sadowa geflaggt und seien der Meinung, allein ein Bismarck sei imstande, Europa den Frieden zu bringen.

Man muß es eingestehen, daß wir eben nicht mehr ganz frei sind. Wir haben mächtige, argwöhnische Verbündete, mit denen wir rechnen müssen. Für die Amerikaner beginnt die europäische Geschichte mit der Landung Pershings im Jahre 1917 und sie zeichnen sich kaum durch Weitblick aus. Die Engländer hegen seit Jahrhunderten Furcht vor einem wiedererstarkten Frankreich; aus Tradition und aus Egoismus sind sie stets besorgt, Frankreich ein Gegengewicht zu schaffen, auch dann, wenn es geschwächt darniederliegt. Trotz alledem war es uns wirklich und bleibt es uns weiterhin versagt, eine französische Lösung der Frage geltend zu machen, auch wenn wir sie nicht durchsetzen können?

Westdeutschland ist eine Republik. Warum nicht, an Stelle des Bundes, die Länder aufrüsten? Warum nicht gar, statt deutschen, bayrische, rheinländische, hanoveranische Divisionen aufstellen, welche unmittelbar dem europäischen Kommando unterstellt wären, ganz wie die belgischen, französischen und italienischen? In welcher Hinsicht würde eine derartige Lösung die Verteidigung des Westens beeinträchtigen? Und wenn man besorgt wäre, diese Einheiten in ihrer engeren Heimat einzuquartieren, wäre die Hoffnung abwegig, sie könnten zu den Überlieferungen ihrer Provinz zurückfinden, auf die Dauer die europäische Gesinnung aufnehmen und sich so ohne die Gefahr eines Rückfalls in die Reihen des Okzidenten stellen?

Den schlimmsten Fall angenommen: die beiden Teile Deutschlands fügen sich eines Tages zu einem Ganzen. Bei der heute vorgeschlagenen Lösung wird die deutsche Streitmacht unverzüglich durch das preußische Heer aufgesogen. Beständen aber bayrische, rheinländische und andere Heeresgruppen, welche ihre Selbständigkeit und das Bewußtsein ihrer Eigenart wiedererlangt haben und sich auf allen Gebieten den preußischen mindestens ebenbürtig fühlen, ist es da wohl erlaubt, zu hoffen, daß sie sich, auch ohne Zutun der Alliierten, von den Berliner Offizieren nicht mehr kleinkriegen lassen und der militaristischen, proslawischen und kommunistenfreundlichen Richtung, die ihr wie unser Feind geworden wäre, entschlossen die Stirne bieten würden?

Zu spät? Mit nichten! Die Bonner Verfassung sieht keinen Artikel über die Aufstellung von Streitkräften vor. Es gäbe also nichts umzukrempeln. Alles ist noch im Werden; der Boden ist unberührt. Der Beschluß — wenn möglich mit dem Einverständnis des Bundeskanzlers —, die Aufrüstung sei Sache der Länder, würde genügen. Wäre dem so, dann könnte Frankreich, um die Zustimmung der Amerikaner zu erwirken, der Verteidigung Deutschlands sogar noch einige Divisionen mehr zubilligen. Diejenigen, welche einst starr auf die «blaue Linie der Vogesen» blickten, sollten ihre Blicke jetzt auf die Elbe richten, denn die Wachsamkeit verlangt dies. Indem sie systematisch und stur die Wiederaufrüstung Deutschlands — in einem Ausmaße, das die Vernunft und geschichtliche Erwägungen zu bestimmen haben — ablehnen, scheinen sie nicht zu ahnen, daß sie der russischen Invasion Tür und Tor und die Einfallsstraße nach Paris und dem Atlantik öffnen. Zuerst allerdings sollte man Frankreich ein Heer, eine Luftwaffe und eine Flotte, die seiner würdig sind, geben. Nur so läßt sich die erwünschte Zusammenarbeit der westlichen Alliierten mit einem Deutschland ohne preußische Vorherrschaft verwirklichen.

François Surgor